

II- 305 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 246 11

1987-03-27

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten DR. HAIDER, Freda BLAU-MEISSNER, DR. GUGERBAUER,  
~~DR. PILZ~~ MAG. GEYER

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend den Versuch massiver parteipolitischer Einflußnahme auf Personalentscheidungen im öffentlichen Dienst seitens der ÖVP

Sowohl im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP als auch in der Regierungserklärung vom 28. Jänner 1987 finden sich Aussagen, wonach "Personalentscheidungen im öffentlichen Dienst nach sachlichen Gesichtspunkten unter Ausschluß parteipolitischer Erwägungen" zu treffen seien. Ausdrücklich angekündigt wurden auch "weitere Schritte zur Objektivierung bei der Einstellung, bei der Beförderung und bei der Vergabe leitender Funktionen."

Nunmehr wurde in der Öffentlichkeit ein Schreiben des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei vom 13.3.1987 bekannt, das zu diesen Aussagen in einem diametralen Widerspruch steht. In diesem Brief wird unter "betrifft: verbesserte gegenseitige Information in Personalfragen" wörtlich ausgeführt:

"Wie in der Sitzung am 25.2.1987 im Beisein von Bundesminister Dr. Neisser besprochen, versucht die ÖVP, die Information in Personalfragen zu verbessern. Zu diesem Zweck wäre es wünschenswert, in gewissen Abständen von den einzelnen Ressorts zu erfahren, welche Dienstposten frei werden und welche neu zu besetzen sind. Ich bitte, diese turnusmäßigen Meldungen an den ÖVP-Parlamentsklub zu meinen Händen zu übermitteln."

Darüber hinaus bietet die ÖVP als Service an, ebenso turnusmäßig an alle ÖVP-Personalvertreter im Bundesbereich eine Liste von Personen zu übermitteln, die eine Arbeit im Bundesbereich suchen. Gleichzeitig werden die Personalvertreter in diesem Zusammenhang gebeten, falls sie einen Arbeitssuchenden in ihrem Bereich unterbringen können, dies rückzumelden."

- 2 -

Dieses Schreiben kann wohl nur so verstanden werden, daß damit der Versuch unternommen wird, entgegen aller verbalen Versprechungen, massiven parteipolitischen Einfluß auf Personalentscheidungen im öffentlichen Dienst zu nehmen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

1. Bekennt sich die Bundesregierung nach wie vor dazu, Personalentscheidungen im öffentlichen Dienst nach sachlichen Gesichtspunkten unter Ausschluß parteipolitischer Erwägungen zu treffen und wenn ja, wie läßt sich dieses Bekenntnis mit dem in der Anfrage zitierten Brief des ÖVP-Parlamentsklubs vereinbaren?
2. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um ein Unterlaufen der im Arbeitsübereinkommen und in der Regierungserklärung enthaltenen objektiven Postenvergabe zu verhindern?
3. Wird die Bundesregierung nunmehr raschest die angekündigten weiteren Schritte zur Objektivierung bei der Einstellung, bei der Beförderung und bei der Vergabe leitender Funktionen ergreifen und wenn ja, bis wann werden dem Nationalrat entsprechende Vorschläge zugeleitet werden?